

Muster für einen Widerspruch

(bei Ablehnung des Antrages auf Rückzahlung eines Beitragsbescheides
„Altanschießer“, gilt nicht für den Antrag auf Staatshaftung)

Beitragspflichtiger
(genau entsprechend der Angaben im Bescheid)
Name, Anschrift

.....
.....
.....

Adressat
Wasserverband Strausberg-Erkner
Der Verbandsvorsteher
Am Wasserwerk 1
Strausberg
15344

Strausberg, den

Bezug: Ihr Beitragsbescheid Nr..... vom
Mein Widerspruch vom(Frühjahr 2016)

Sehr geehrter Herr Henner Haferkorn,

gegen Ihren aktuellen Bescheid vom....., zum o.g. Beitragsbescheid,
erhalten am....., lege(n) ich (wir) hiermit

Widerspruch

ein.

Gem. § 130 AO (der gem § 12 Abs. 3 b KAG Brandenburg für Beitragszahlungen
anwendbar ist) kann ein rechtswidriger Verwaltungsakt, auch nach dem er
unanfechtbar geworden ist, zurückgenommen werden. Nach dem Beschluss des
Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 steht fest, dass Sie und andere
Zweckverbände systematisch und gezielt nicht nur rechts-, sondern auch
verfassungswidrige Bescheide erlassen haben. Darum ist Ihr Ermessen hinsichtlich
der Rücknahme der Bescheide auf Null reduziert, d.h. die einzige

ermessensfehlerfreie Entscheidung ist die Rücknahme meiner/s Bescheide/s und die Rückzahlung der Beiträge. Nur diese Vorgehensweise ist auch mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar.

Des Weiteren verweise ich auf die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts vom 12. November 2015 (1BvR 2961/14 & 1 BvR 3051/14), wonach die rückwirkende Anwendung des § 8 Abs. 7 KAG Brandenburg gegen das verfassungsrechtliche Rückwirkungsverbot verstößt und somit verfassungswidrig ist. Diese Entscheidung ist auch für meinen Fall maßgebend.

Sollten Sie der Ansicht sein, dass diese Begründung hier nicht maßgebend ist, weil sich der ursprüngliche Antrag nur auf die Wiederaufnahme des Verfahrens bezog (bitte eigenes Antragschreiben vom Frühjahr 2016 prüfen), so werten Sie dieses Schreiben bitte als Antrag auf Rücknahme gem. §130 AO in Verbindung mit §12 Abs. 3 b KAG Brandenburg.

Bis zu Ihrer abschließenden Prüfung bezüglich der Beitragsrückerstattung bin ich mit dem Ruhen des Verfahrens einverstanden (bzw. beantrage ich das Ruhen des Verfahrens).

Mit freundlichen Grüßen

.....

Name, Vorname, Unterschrift